

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Aus.

Abonnementspreis 50 Btg. pro Monat, 1,50 Mt. pro Quartal.
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.
Einzeln Nummern 1 Mark.

Anzeigen kosten die sechsgepaarte Zeile resp. deren Raum 1.— Mt.
Bei einmaliger Aufnahme 20, bei 12maliger Aufnahme 30 und bei 20maliger Aufnahme 40 Prozent Rabatt.

Telephon-Nr. 98.

Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telephon-Nr. 98.

Unverlangt eingelegene Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: **Alfred Janschet, Bochum.**
Druck u. Verlag von **Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauserstr. 42.**

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz oder Tage zur Aufnahme gelangen.

Zur Generalversammlung.

Versammelt seid ihr jetzt in Spree-Athen
Das Beste des Verbandes zu beraten,
Der neu gekräftigt nach der Stürme Weh'n,
Gestellt ist wieder auch vor neue Caren. —
Der Ausstand hat ja vieles uns gelehrt,
Und manchen Crugschluss mit hinweg genommen —
Ihr sollt nun scheiden, was der Kraft noch wehrt,
Und einverleiben, was zu Nutz und Frommen. —

So wie die Not zusammen uns geschweisst
Im Kampfe, den wir eben erst bestanden,
So darf in Zukunft auch der Zwietracht Geist
Uns schlagen nicht mehr in des Haders Banden.
Das ist die Unterlage uns'rer Kraft,
Und ohne ihr kann nicht das Werk gedelhen,
Fehlt sie, so ist das Mark in uns erschlaßt
Und schlimmen Rückgang muss man prophezeien. —

Mehr Geld! Ist dann die and're Forderung,
Wir mussten ja den Mangel bitter spüren —
Der Mut ist schön und die Begeisterung,
Doch Geld ist nötig, wenn man Krieg will führen. —
Das lehrt der Streik — Ihr, Delegaten, sollt
Die Wege ebnen und die Bahn uns klären,
Damit im nächsten Kampf das Herrngeld
Uns nicht den Sieg, den vollen kann verwehren. —

Bedächtlich prüft — vom Bösen ist die Hast —
Doch sollt ihr auch nicht gar zu ängstlich zagen,
Und wenn ihr dann das Rechte habt erfasst,
Sind wir bereit den Kurs danach zu wagen. —
So, Arbeitsbrüder, sollt in Spree-Athen
Das Beste des Verbandes ihr beraten,
Dann wird zum Segen erst des Sturmes Weh'n,
Und die Begeisterung zu kühnen Caren. — H. K.

Vor einem Schutthaufen.

I.

Das Spiel ist aus. Am Ende des Stükkes erschienen die Falschspieler auf der Bühne in bergarbeiterlicher Bekleidung. Die arbeitserfreundliche Maske fiel, grimasend zeigt sich das Gesicht des gewissenlosen politischen Klotzkäufers.

Als sich unbegreifbare Elementarmächte im Streik der 200 000 Bergleute auslösten, da schloß mit Ausnahme der Geldschrankbesitzer das erschütterte Volk, daß es eine gewaltige, durchaus berechtigte Massenbewegung miterlebte. Auch die Regierung sah ein, daß es nicht gut anging, in üblicher Weise von „privatem Streik“ usw. zu reden. Die Regierungsvorrede verhielt sich den Bergleuten ein Schutzgesetz! Zuerst nahm dafür Herr Müller das Wort; später, als von sozialdemokratischer Seite Zweifel ausgesprochen wurden an der guten Absicht der Regierung, erklärte Herr Graf Posadowsky, der Stellvertreter des Reichskanzlers, in feierlichem Tone vor aller Welt: **Das angefündigte Gesetz wird eine Reihe Beschwerden der Bergarbeiter abstellen!** Ein unzweideutiges Versprechen der Regierung, den Bergleuten endlich zu helfen!

Nach fast zwei Monaten erschien die Regierungsvorlage. Gewiß, formell hatte die Regierung darin ihr Wort eingelöst, die Vorlage bot den Arbeitern mancherlei, noch mehr wenn die Ausführungsbestimmungen arbeitserfreundlich gefaßt wurden. Weniger als die Regierung vorzüglich konnte nicht gegeben werden, wollte die Regierung nicht ihr Wort schroff brechen.

Die Regierungsvorlage ist das Mindeste, weniger kann absolut nicht gegeben werden. Es kommt jetzt darauf an, noch einige Verbesserungen mehr durchzuführen.

Derart lautete das Urteil der Zentrumspreffe über die Regierungsvorlage. Ströme von Tinte verschrieben die Zentrumsjournalisten, um vor dem katholischen Volke immer wieder zu betonen: „Ein Zurück hinter der Regierungsvorlage gibt es nicht, lieber das ganze Gesetz ablehnen und den richtigen Weg der Reichsgesetzgebung beschreiten.“ Auf dem rheinischen Parteitag des Zentrums verhielten die bekanntesten Führer, die Bergleute sollten sich nur getrost auf das Zentrum verlassen, es würde an den Reichstag gehen, wenn nicht „mindestens“ die Regierungsvorlage im Landtage angenommen würde. In der „Köln. Volksztg.“ veröffentlichte ein Zentrumsabgeordneter schon einen Gesetzesentwurf als Anhang zur Reichsgewerbeordnung, gewidmet dem Schutz der Bergleute. Kaum hatte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihr Bergarbeiterbeschützgesetz (abgedruckt in v. Nr. 5. Btg.) eingebracht, da folgte auch das Reichstagszentrum mit einem ähnlichen Entwurf. „Auf das Zentrum können wir uns verlassen“, hörten wir katholische Kameraden und Zentrumsanhänger in Versammlungen sagen. Die arbeitsliebende Voransicht des „Vorwärts“ wurde von der Zentrumspreffe als eine „sozialdemokratische Gemeinheit“ bezeichnet.

Zwischen hatte die von uns schon gekennzeichnete Zentrumsregierung der Regierungsvorlage durch die konservativ-nationalliberale Kommissionsmehrheit stattgefunden. Die durch ihr den Bergleuten gegebenes Versprechen gebundene Regierung unterließ es trotzdem, die Zentrumsregierung ihrer Vorlage vor das Gutweber — Oder zu stellen. Herr Müller und seine Anhängen sagten vielmehr mancherlei, was den staatsrechtlich-katholischen Gewerkschaftsfeinden und kapitalistischen Profittägern das Mückgrat steifte. Die Regierung war mit ihrem Vorgehen nicht beim Bergarbeiterschutze. Welche politischen Folgen die Nichterhaltung eines feierlich gegebenen Versprechens haben muß, darüber machen sich unsere „Staatsmänner“ scheinbar keine Gedanken. Als ob die Regierung überhaupt noch über einen namhaften Fond von Vertrauen im Volke verfüge, so handelten die Herren Müller

und seine Gehilfen. Ob sie etwa denken: „Nach uns die Sündflut!“ — wer weiß es?

Der „Bergknappe“ (Organ des christlichen Gewerkschafts) hat in seiner vorigen Nummer die Konservativen und Nationalliberalen in ihrer Volkseindlichkeit und ihrem Arbeiterhaß so trefflich gebrandmarkt, daß wir uns dem nur anschließen können. Die Rolle der Deumer, Franken, Hilbert u. Gen. im Bergwerksbezirk ist ausgespielt, schrieb der „Bergknappe“ im Hinblick auf die nächsten Parlamentswahlen. Das ist ganz unsere Ansicht. Wen aber trifft die **Gauleiterschuld** an dem schließlich zustande gekommenen Stüdelmüßel, genannt „Bergarbeiterschutzesgesetz“? **Das Zentrum!** Diese Partei hat monatelang vor der Öffentlichkeit die Rolle des meinten Festhaltens „mindestens“ an der Regierungsvorlage gespielt. Es hat das Volk in schmachlichster Weise getäuscht!

In den Kreisen der Bergarbeiter sagte man sich ganz ungerne: wir hoffen, daß der Landtag die Regierungsvorlage ablehnt. Dann wäre der Weg frei für die viel bessere Reichsgesetzgebung. Die Regierung könnte gegenüber ihren konservativen Freunden sich berufen auf das den Bergleuten gegebene Versprechen, welches nun im Reichstag eingelöst werden müsse, weil der Landtag die Regierung im Stich ließ. Die preussische Regierung hätte einen ihrer Vorlagen entsprechenden Reichsgesetz zustimmen müssen oder stand splitternaht da als wortbrüchig. Im Reichstag ist eine Mehrheit mindestens für die preussische Regierungsvorlage vorhanden.

Was ist aber geschehen? Zwischen der zweiten und dritten Lesung des Gesetzes im Landtage arbeitete das Zentrum fleißig hinter den Kulissen und brachte ein schäbiges Kompromiß zwischen sich, den Freikonservativen und Nationalliberalen zustande, dessen Resultat war, daß am 26. Mai der Landtag unter Zentrumsführung ein Gesetz beschloß, welches erheblich hinter der Regierungsvorlage zurückbleibt!!!

Die Freisinnigen beantragten die Wiederherstellung der Regierungsvorlage, die vereinigten Nationalliberalen, Freikonservativen und Zentrumsmitglieder stimmten gegen diesen Antrag, lehnten also ab was vorher pathetisch als „das Mindeste“ bezeichnet wurde. **So hat das Zentrum den Bergarbeiterschutz begraben!** Wir stehen vor einem **Schutthaufen**, über dem die „glorreiche“ Fahne der Partei „für Wahrheit, Freiheit und Recht“ weht. Würde das Zentrum eine wirklich arbeitserfreundliche Partei, dann müßte es alle Anträge, die hinter der Regierungsvorlage zurückblieben, ablehnen. Die Verschlechterungen beläßen dann keine Mehrheit im Landtag, dem Reichstag blieb es überlassen, die Bergarbeiterschutzesgesetzgebung einheitlich zu regeln. Diesen Standpunkt hat auch der preussische Bergarbeitertag vertreten. **Die Bergleute ohne Unterschied der Partei wollen von dem Schutthaufen nichts wissen, den das Zentrum statt eines auch nur halbwegs brauchbaren Gesetzes zusammengeschauert hat!!!**

Das Zentrum hat geglaubt, mit den katholischen Arbeitern wie mit Puppentheatern zu hantieren; es hat sein Gewicht für einen „parlamentarischen Erfolg“ eingesetzt, der die „besseren Katholiken“ rascher zu den Freunden einer Regierungspartei leiten soll. Was die schuldigen Bergleute verlangen, das ist dem billowfreundigen Zentrum Nebenache. Die politischen Folgen werden nicht anbleiben. Schon jetzt zeigt sich das Loch in der kirchlichen Rechnung: Die kirchlich-organisierten Bergleute lehnen das Zentrumsmachwerk auch ab, sie sind furchtbar getäuscht worden durch das Zentrum! Wir haben niemals vom Zentrum anders als zentrumstüchelig erwartet. Daher erlebten wir keine Enttäuschung. Unsere Kameraden haben dem Zentrum stets mehr auf die Fäuste als auf den vielversprechenden Mund gesehen. Unsere Ansicht über das Zentrum ist vollumfänglich richtig bestätigt.

Wollig fällt die Maske! Noch vor wenig Tagen hat die Zentrumspreffe bei ihren Lesern den Glauben geweckt, auch wenn der Landtag die Regierungsvorlage wesentlich annähme, dann würde das Zentrum doch wenigstens versuchen, die weitergehenden Forderungen der Bergleute (Achtundsechzig etc.) durch ein Reichsgesetz zu erfüllen. Darum die pomphaft im Reichstag eingebrachten Anträge Pompeisch und Genossen. Und jetzt schreibt die Zentrumspreffe mit bemerkenswertem Hohn gegen die Bergleute:

„Durch die Annahme des Bergarbeiterschutzes im Abgeordnetenhaus werden natürlich die auf dieselbe Angelegenheit bezüglichen im Reichstage eingebrachten Entwürfe und Anträge nicht mehr zur Beratung kommen. Es wird schon jetzt in den Artikeln, die sich mit der geistigen Abstimmung beschäftigen, die Möglichkeit, daß man im Falle des Scheiterns an die Reichsgesetzgebung hätte appellieren können, gar nicht mehr erwähnt. Man scheint so ziemlich in allen Parteien zufrieden zu sein, daß die Angelegenheit erledigt ist, denn an der Zustimmung des Herrenhauses zweifelt man in unterrichteten Kreisen nicht mehr.“

Kein Zweifel mehr, die Bergarbeiterinteressen sind verraten unter Führung des Zentrums. Als die sozialdemokratische Presse diesen Ausgang voraussetzte, tat die Zentrumspreffe furchtbar entrüstet und rasselte entsetzlich mit dem Säbel gegen die Großkapitalisten und Konservativen. Jetzt aber ist alles sonnenklar geworden. Schluß! Das Spiel ist aus!

Kramphast, unter Anwendung außergewöhnlicher Fälschungen und Verdrehungen, versucht nun die Zentrumspreffe den Bergleuten einzureden, der Schutthaufen berge doch „Vorteile für die Bergleute“. Aber es ist nichts zu machen. Der christliche „Bergknappe“ erklärt sich strikte gegen das Monstrum und schreibt:

„Die christlichen Bergarbeiter haben keine Freude an dem Gesetz und nur den dringenden Wunsch, daß das Herrenhaus das Gesetz ablehnt, um so die Bahn für die Reichsgesetzgebung frei zu bekommen.“

Wir brauchen nicht erst zu sagen, daß dies auch unsere Ansicht ist. **Die Bergleute sind sich einig in der Beurteilung des Zentrumsmachwerkes und erklären, daß die Regierung, indem sie den Schutthaufen anerkennt ihr den Bergleuten feierlich gegebenes Versprechen nicht einlöste!** Der Bergarbeiter, Organ des Christ-Donnerstags-Gewerkschafts der Bergleute erklärt, das „fertiggebraute“ Gesetz tue den Bergwerkseigentümern „nicht wehe“, nuge den Bergarbeitern „nicht viel“ und sei nicht geeignet, den „sozialen Frieden“ im Bergbau herzustellen. Also die Bergleute auf der ganzen Linie wollen von dem Schutthaufen nichts wissen.

Die Nebenart: „Es war nicht mehr zu erreichen“ ist in diesem Falle un wahr. Der Reichstag hätte mindestens der Regierung die Vorlage bewilligt. Das Zentrum hatte es in der Hand, im Reichstag den Bergleuten ihre seit Jahrzehnten erhobenen Forderungen weit besser zu erfüllen wie im Landtag. Bei der **Pollopposition** 1902 hat das Zentrum mit Gewalt die Bollgegner im Reichstag niedergeworfen, da konnte es keine staatsmännischen Belenkungen. Aber damals galt es den agrarischen Granden höhere Zollprostitute aus der Tasche des Volkes zu verschaffen. Damals hat man in den Industriebezirken den katholischen Arbeitern versprochen, später „ausgleichende Gerechtigkeit“ zu üben; es wurden soziale Reformgesetze verheißt. Damit beschwichtigte man die Pollopposition der christlich organisierten Arbeiter. Nun aber beim Bergarbeiterschutzesgesetz die Gelegenheit gekommen war, ausgleichende Gerechtigkeit zu üben, da gibt das Zentrum den schuldigen Bergleuten **Steins statt Brot!** Es verhindert die Reichsberggesetzgebung und magt den Bergleuten noch weniger zu bieten als die gewiß nicht zu weit gehende Regierung!

Das wird außerordentlich während wirken im Volke. Was der „Bergknappe“ zutreffend über die Nationalliberalen und Konservativen sagt, das trifft auch auf das Zentrum zu. Die nächsten Wahlen werden es lehren.

Unsere Aufgabe besteht nach wie vor darin, von Revier zu Revier die Schlafenden unter den Bergleuten aufzurufen zur **Organisation der Selbsthilfe!** Ihr leht es nun, Kameraden, daß ihr Toren seid, wenn ihr Hilfe von anderer Seite erwartet. Der Streik mußte enden wie er endete, weil es den Bergleuten an einer **mächtigen Organisation** fehlte. Im Bergarbeiterlager muß **Einigkeit und Dyerwilligkeit** herrschen. Wer sich dem Verbanne nicht anschließt oder ihn verläßt, der verrät sich selbst und seine Kameraden. Falsch ist es, anzunehmen, man könne mit einem gewaltigen Ansturm die vorzüglich organisierten Gegner über den Haufen rennen. Das ist ausgeschlossen.

Unsere diesjährige General-Versammlung tritt zusammen zu dem Zwecke, die Machtmittel des Verbandes zu verstärken, ihm das Gefüge zu geben, dessen er bedarf zur Lösung seiner großen Aufgaben. Wir haben einen einordentlichen gewerkschaftlichen Ansehungsunterricht im großen Streik genossen. Davi und die Streiklehren praktisch vermerken, denn nur das kann die Arbeiterschaft retten vor kapitalistischem Übermut und hinterlistigem Verrat. Manche zweifelte Schicht liegt hinter uns, aber stets folgte noch die Sonne dem Dunkel der Nacht. Vertrauen wir nur der eigenen Kraft.

Fester wie je schart euch um die Fahne des Verbandes! Zahlreicher denn je holt die Säumnigen und Kleingläubigen herbei. Dann kommt auch unaufhaltsam der Tag der Abrechnung, der den geschundenen Bergarbeiterstand wieder zu Ehren bringen wird.

Der V. Gewerkschaftskongreß.

Dritter Tag.

Vormittags-sitzung.

Zur Verhandlung steht: Genossenschaft und Gewerkschaft und erhält dazu das Wort

v. Elm-Hamburg: Die Konsumvereine Deutschlands hatten 1873 erst 87 500 Mitglieder. Von 1873—1886 herrschte völlige Stagnation. In diesen dreizehn Jahren wachsen die Konsumvereine nur auf 144 000 Mitglieder. Erst nach 1886 beginnen die Arbeiter sich allmählich für die Konsumvereine zu interessieren. Zunächst freilich nur vom rein materiellen Standpunkt aus, jedoch in der ersten Periode die Dividende die Hauptrolle spielt. Die jahrzehntelange Vernachlässigung der Bewegung durch die Gewerkschaften und die Partei rächte sich bitter. Die Dividendenjagd zerrte die schlimmsten Freiliche, und die Interessen der Angestellten wurden mit Füßen getreten. Statt belehrend zu wirken, tabelte die Arbeiterpreffe diese Auswüchse und machte Stimmung gegen die Konsumvereine. Jetzt haben die Konsumvereine etwa eine Million Mitglieder und einen Umsatz von 250 Millionen Mark jährlich; an Niederwertigkeit gewähren sie 20 Millionen Mark. Noch aber fehlt es an der Erkenntnis, daß die Organisation des Konsums ein Machtmittel für das Proletariat nicht bloß als Konsument, sondern auch als Produzent darstellt. Wenn die Arbeiter wollten, dann könnten sie die Produktion ausschließen, die in Buchhäusern, Strafanstalten, in der Heimindustrie hergestellt zu erbärmlichen Preisen zu haben sind. Aber es fehlt noch an diesem einheitlichen Willen. Ihn zu schaffen, ist Aufgabe der genossenschaftlichen Erziehung. Die Höhe sind durchweg höher als in der Privatindustrie. Ausnahmen kommen nur in solchen Orten vor, wo auch die gewerkschaftliche Bewegung zurückgeblieben ist. In zwei Vereinen besteht zum Beispiel der Mißstand, daß die Lagerhalter 2 bzw. 3 Prozent vom Umsatz erhalten und dafür die Verkäuferinnen selbst bezahlen müssen. Im allgemeinen gilt die Regel: die geringsten Löhne werden dort bezahlt, wo die Mitglieder die höchste Dividende erhalten. (Hört!) Ein Verein gibt 15 Prozent Dividende und zahlt seinen zw. Lagerhaltern 56—66 Mark monatlich. (Hört!) Ein anderer Verein zahlt 15 Prozent und gibt dem Lagerhalter 15 Mark wöchentlich bei einer Arbeitszeit von 6—9 Uhr im Sommer und von 7—9 Uhr im Winter. (Hört, hört!) Wo die Arbeiter als Arbeitgeber auftreten, sollten sie ihren Arbeitgebern ein besseres Beispiel geben. (Beifall.) Redner begründet in seinen weiteren Ausführungen nachstehende Resolution:

„Der Gewerkschaftskongreß erblickt in der Organisation des Konsums durch die Genossenschaften ein Mittel zur Erhöhung der Lebenshaltung und der genossenschaftlichen Erziehung des Volkes und hält es deshalb im Interesse des Proletariats für geboten, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen durch ihren Beitritt zu den Konsumvereinen und Propagierung der genossenschaftlichen Ideen die Genossenschaftsbewegung in Deutschland auf's tatkräftigste unterstützen. Der Kongreß verpflichtet namentlich die Gewerkschaftsmitglieder in den Konsumvereinen das Bestreben zu fördern, auf Grundlagedes organisierten Konsums zur eigenen Produktion der Bedarfsartikel der großen Masse der Konsumenten zu schreiten.

Die Eigenproduktion der Konsumvereine und ihrer Großverkaufs-Gesellschaft kann in Deutschland wesentlich dazu dienen, für die gewerkschaftlichen Bestrebungen vieler Berufe, einen Stützpunkt und einen Nischalt zu bieten dadurch, daß genossenschaftliche Großbetriebe mit musterhaften sanitären Einrichtungen geschaffen werden. Hierzu hält der Kongreß die Genossenschaften aus eigenem Interesse für verpflichtet, da durch die Tätigkeit der Gewerkschaften die Konsumkraft des Volkes erhöht und in weiterer Folge die Konsumvereinebewegung gestärkt wird. Zunächst erachtet der Kongreß im Interesse sowohl der Gewerkschaften, als der Genossenschaften, daß ein freundschaftliches Gegenseitigkeitsverhältnis zwischen beiden Bewegungen sich greift und tief-

gehende Differenzen, sowie unfreundliche Auseinandersetzungen vermeiden werden. Der Kongress hält es deshalb im Interesse der Genossenschaften für geboten:

1. daß dieselben die gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise in erster Linie berücksichtigen;

2. die gewerkschaftlichen Tarife und Forderungen allgemeinen Charakters anzuerkennen;

3. bei ihren Einkäufen grundsätzlich die in Buchhändlern, Straßenanlagen und zu Dümmelbäumen hergestellten Fabrikate auszusuchen und Firmen, die ihre Waren ganz oder teilweise in der Hausindustrie herstellen lassen, möglichst von der Lieferung auszuschließen. Ähnliche Genossenschaften von den Konsumvereinen zu unterstützen, sofern dieselben zur Wahrung gewerkschaftlicher Interessen im Einzelhandel mit dem Zentralverband des Verlehrs gegliedert wurden und sie sich verpflichten, ihre etwaigen Leberhöfchen im allgemeinen gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Interesse zu verwenden;

4. bei denjenigen Verlehn, in welchen tarifliche Abmachungen zwischen organisierten Arbeitern und den Fabrikanten bzw. Prinzipaliten bestehen, nur solchen Firmen Aufträge auf Lieferung von Waren und Ausführung von Arbeiten zu geben, welche die Gewerkschaften deren Tarife und Forderungen anerkennen, sowie bei Vergebung von Arbeiten an Privatunternehmer resp. bei Verlehnung genossenschaftlicher Betriebe durch Privatunternehmer kontraktlich festzulegen, daß die gewerkschaftlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen von diesen eingehalten werden müssen;

5. bei den Zentralverbänden und örtlichen Gewerkschaftskartellen resp. von dem Gewerkschaftsausschuß als berechtigt anerkannten Vorständen der hiesigen Firmen bei ihrem Warenbezug nicht mehr zu berücksichtigen.

Die gewerkschaftlichen Organisationen verpflichten sich demgegenüber, in Fällen von Boykotts für die weitestgehende Aufklärung des konsumierenden Publikums zu sorgen.

Ueber etwaige Differenzen zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften entscheiden, sofern es sich um örtliche Fragen handelt, in erster Instanz die Vorstände der beteiligten Gewerkschaft und Genossenschaft. Kommt eine Einigung nicht zustande oder folgen sich die Parteien der getroffenen Entscheidung nicht, so hat ein Schiedsgericht aus Vertretern der örtlichen Gewerkschaftskommission — in deren Ermangelung der örtlichen Gewerkschaftsleiter — und aus Vertretern der Konsumvereine des Distrikts, unter Leitung eines von diesen Vertretern hinzugezogenen Unparteiischen einen Schiedspruch zu fällen.

Bei Differenzen zwischen einem Gewerkschaftsverband und der Gesamtheit der Genossenschaften soll die Bildung dieses Schiedsgerichtes dem Zentralvorstande der beteiligten Gewerkschaftsorganisation und dem Vorstande des Zentralverbandes der Konsumvereine obliegen. Der Entwurf dieses Schiedsgerichtes soll für beide Teile maßgebend sein, und alle Fehlerbetreibungen über die Angelegenheit vor Fällung des Schiedspruchs vermieden werden.

Im Interesse der genossenschaftlichen Entwicklung und zur Wahrung der berechtigten Interessen der Angestellten der Konsumvereine verurteilt der Kongress entschieden das Bestreben, die Konsumvereine lediglich als Dividenden-Institutionen der Mitglieder zu betrachten. Der Kongress hält die Genossenschaften für verpflichtet, jährlich Rücklagen zur Einführung eigener örtlicher Produktion und zur Förderung einer allgemeinen genossenschaftlichen Produktion für das Reich zu machen, und erwartet von den Gewerkschaftsmitgliedern, daß sie in diesem Sinne in den Genossenschaften wirken.

Nachmittags-Sitzung.

Die Nachmittags-Sitzung beginnt mit der oft noch recht lebhaften Diskussion über Genossenschaft und Gewerkschaft. In seinem Schlusswort wies von Elm die meisten Angriffe, die gegen die Genossenschaften erhoben worden sind, als unzutreffend zurück. Wenn auch Einzelfälle vorgekommen sein mögen, die eine Kritik herausfordern, so müßte man doch Gerechtigkeit walten lassen und anerkennen, daß die Angestellten der Konsumvereine besser gestellt seien, als die in den privatkapitalistischen Betrieben. Wo gibt es dort so frühen Lebenslohn, wo gibt es dort den Achtstundentag, wo die vollständige Sonntagruhe, wo Urlaub mit Fortzahlung des Lohnes? Die Gewerkschaften stellen auch manchenmal ungerechtfertigte Forderungen. (Diese Forderung ruft lebhaften Widerspruch hervor und man fordert den Redner auf, diejenigen Gewerkschaften zu nennen, die ungerechtfertigte Forderungen stellten.) Bei einem Neubau des Konsumvereins "Produktion" hätten die Gewerkschaften verlangt, daß alles in Hamburg hergestellt werden müsse, was eine Mehrausgabe von 10000 Mark verursachte. An einen Privatunternehmer würde man mit solchen Forderungen nicht herantreten. Auch die weiteren Ausführungen v. Elms rufen mehrfach lebhaften Widerspruch hervor und geben Veranlassung zu einer längeren persönlichen Auseinandersetzung. Schließlich gelangte die von ihm vorgelegene, oben schon abgedruckte Resolution mit großer Mehrheit zur Annahme.

Es folgt nun der Punkt Gewerkschaftskarteil in der Gewerkschaftsbewegung, worüber Link-Berlin (Arbeiter-Sekretär) ausführt:

Die Gewerkschaftskarteile, die örtlichen Vereinigungen der Gewerkschaften, haben bisher vielfach ihre Aufgaben verkannt, sich in Organisationsfragen eingemischt, Kompetenzverletzungen mit den Zentralvorständen hervorgerufen und so nichts geleistet, was im Ver-

hältnis stände zu den dafür gemachten Aufwendungen. So sollte ihnen das Recht genommen werden, selbständig Sammlungen auszuführen (Verbände sehr richtig!) und in Organisationsfragen sich einzumischen. Dafür sollten sie für die Gewinnung von Lokalen, das Fortbewahren und den Arbeitsnachweis sorgen, besonders aber allen Fragen des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung die größte Aufmerksamkeit widmen. Sie haben in der Aufgabe, Material zur Anwendung der §§ 120—120c zu beschaffen, in der Vorbereitung der Wahlen zu den Krankenkassen, unteren Verwaltungsbehörden und zu den Kommissionen für Unfallversicherungsfragen reiche Tätigkeit zu entfalten. Auf allen diesen Gebieten hat die Arbeiterschaft noch nicht das erforderliche geleistet. Schließlich können die Karteile noch Anstalts-Abende einrichten u. s. w. Wenn die Karteile diese Aufgabe erfüllen, so werden die notwendigen Ausgaben weit hinter dem Nutzen zurückbleiben, und wer nicht gleichgültig, überhöllend oder vor-eingenommen ist, wird anerkennen müssen, daß die Gewerkschaftskarteile innerhalb der Gewerkschaftsbewegung eine große Aufgabe haben. (Bravo.)

Die Debatte hierüber behnt sich bis sechs Uhr abends aus, jedoch wird auf Vorschlag Leqien noch das Referat zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

Arbeitskammern oder Arbeiterkammern

angehört. Um Breit-Berlin, Redakteur des "Korrespondenzblatt", begrüßt die paritätischen Arbeitskammern, als Vertretungsorganisationen der Arbeiterinteressen. In allen paritätischen Institutionen sind die arbeiterfreundlichen Elemente im Unternehmertum zur Geltung gekommen, besonders in den Gewerkschaften. In den Krankenkassen treten Arbeiter und Arbeitgeber gemeinsam allen Angriffen auf die Selbstverwaltung entgegen, selbst in Leipzig, dessen Arbeiterschaft doch in der Pflege der Klassengegenstände allen anderen voran ist. Durch Angleichung paritätischer Arbeitsnachweise, Einigungs- und Tarifämter, könnten den Scharfmachern die Arbeitskammern noch mehr vererbt werden. Schilt sie doch heute schon die "Deutsche Arbeiter-Zeitung" Streikammern. Aber sollten trotz alledem die Scharf-macher die Unternehmerräte einnehmen, nun, wir haben schon auf ungünstigerem Terrain gekämpft. Uebrigens hiesie es an der Zukunft des ganzen paritätischen Prinzipis verzweifeln, wollte man immer nur mit den Scharfmachern im Unternehmertum rechnen. Mächtige, den Gegnern ebenbürtige Vertreter werden wir immer finden, besonders, wenn auch die Gewerkschaftsbeamten das passive Wahlrecht erhalten. Schließlich könnten diese Kammern ganz gut neben reinen Interessenvertretungen der Arbeiter bestehen, die alleine berechtigt wären, wenn die Kommunen nicht die bezeichneten Befugnisse erhalten. Auch dann würde ich auf Arbeitskammern verzichten, wenn sie nicht aus direkter Wahl hervorgingen. Nun sind aber die reinen Arbeiterkammern durch die Gewerkschaften entbehrlich gemacht. Deshalb halte ich sie für ebenso unwichtig wie die paritätischen Arbeitskammern wichtig, und bitte Sie, sich für diese auszusprechen. (Beifall.)

Schluss 7 3/4 Uhr.

Vierter Tag.

Vormittags-Sitzung.

Für den Punkt Arbeitskammern oder Arbeiterkammern, über die heute die Verhandlungen fortgeführt werden, ist als Korreferent Redakteur

Hue-Essen vorgelesen. Redner vertritt den Standpunkt der reinen Arbeiterkammer als die einzig richtige Klassenvertretung. Wollte jemand fragen, ob Arbeits- oder Arbeiterkammern prinzipiell richtig seien, so würde ich zweifellos antworten, daß es sich um eine prinzipielle Meinungsverschiedenheit hier überhaupt nicht handelt. Aber charakteristisch ist doch, daß der "radikale" Gewerkschaftskollege Umbreit für paritätische Arbeitskammern eintritt, ich hingegen, den man für mehr paritätisch-büßig hält, für eine Arbeiterkammer. Das könnte denen zu denken geben, die die Gewerkschaftskollegen oder Parteigenossen in die Gruppe der Revisionisten oder Radikalen einschachteln lieben. Denn auch in der sozialdemokratischen Fraktion ist die Spaltung ganz analog. Man glaube nicht, daß die neutralen Gewerkschaftler auch für Arbeitskammern eintreten müßten. Ich bin "neutral", weil ich glaube, daß schließlich alle Arbeiterorganisationen Arbeiterpolitik in sozialdemokratischer Richtung treiben werden. Aber Umbreit ist diesmal hinter die Anschauungen zurückgegangen, die längst von den Hirsch-Dummerschen zum alten Eisen geworfen worden sind. (Sehr richtig!) Aber ich kann an Umbreits eigenen Worten nachweisen, wie stark er sich von Illusionen leiten läßt. Er meint, es werde nicht schwer sein, für die Arbeitskammern genügend befähigte Arbeitervertreter zu haben. Aber das sollte doch gerade das Argument der scharfmachereischen Feinde der Arbeiter sein, daß diese nicht fähig seien, selbständig Arbeiterkammern zu leiten. Umbreit sagte, Arbeiterkammern seien das allermindeste, was wir forderten. Ich hatte gedacht, Arbeitskammern seien das mindeste. Ich hatte gedacht, die prinzipielle Forderung seien Arbeiterkammern. Arbeits-

Fünfter Tag.

Vormittags-Sitzung.

Die Debatte über Arbeitskammern oder Arbeiterkammern wird fortgesetzt. Die Referenten vertreten nochmals in längeren Aus-

Ein „neuer“ Weg?!

Von Hermann Damm (Hamburg).

Der Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet hat wiederum mit einer Deutlichkeit, die zu wünschen nichts übrig läßt, gezeigt, unter welchen Gesichtspunkten die Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit betrachtet werden müssen. Trotz aller Sympathie und werktätigen Hilfe, die den Streikenden aus allen Schichten der Bevölkerung zuteil geworden, hat die Arbeit dem Kapital sich unterordnen müssen. Dem konzentrierten und organisierten Kapital hat auch das Massenangebot der Arbeiterschaft keinen augenscheinlichen Abbruch tun können.

Welches sind die Ursachen, daß trotz eifrigster Organisations- und Aufklärungsarbeit die wirtschaftlichen Kämpfe, wie sie die Arbeiterschaft zu führen hat, sich immer schwieriger gestalten?

Als eine der wichtigsten können wir wohl den Umstand bezeichnen, daß die Unternehmer es verstanden haben, die Waffe Koalition sich in einem weit besseren Maße nutzbar zu machen, wie die Arbeiter. Wenn es einst eine Zeit gab, in der die Organisation und das Solidaritätsgefühl der Arbeiter den Unternehmern als nachahmenswertes Beispiel diente, dann haben gegenwärtig die Unternehmer die Arbeiter weit übertraffen. Die Unternehmer haben die Solidarität ihrer Interessen in weit höherem Maße erfaßt, als die breite Masse der Arbeiter. Sie fragen vor allen Dingen nicht danach, welcher religiösen oder politischen Richtung die Mitglieder ihrer Organisationen angehören. Das gemeinsame Interesse ist das Band, welches sie in den verschiedensten Formen und auf den verschiedensten Gebieten zu mächtvollen Organisationen zusammenschließt.

Was vermag die Arbeiterschaft den gewaltigen Nachmitteln des organisierten Kapitals entgegenzusetzen?

Die einzige Waffe, über die die Arbeiterschaft verfügt, ist die Koalition; diese Waffe so klar, wie möglich zu gestalten und richtig anzuwenden zu lernen, ist die vornehmste Aufgabe des arbeitenden Volkes.

Im Bergarbeiterstreik ist ja in einer Weise von dieser Waffe Gebrauch gemacht, wie man es bisher in Deutschland noch nicht erlebte. Es hat sich aber auch hier wiederum gezeigt, wie bei allen Kämpfen der Arbeiterschaft, daß beim Gebrauch der Waffe Koalition verschiedene Begleiterscheinungen zutage treten, die es notwendig machen, auch andere Faktoren mit in den Bereich der Betrachtungen und Ermügelungen zu ziehen. Als schwerwiegendste tritt uns da die Mittellostigkeit der Arbeiter entgegen. Auch beim Bergarbeiterstreik tritt die Tatsache als einer der wichtigsten Faktoren hervor, daß zu einer wirksamen Durchführung auch einige Mittel vorhanden sein müssen, um die Streikenden über Wasser halten zu können. Wohl sorgen die gewerkschaftlichen Organisationen dafür, daß nach Möglichkeit diesem Faktor Rechnung getragen wird, aber was vermag die Masse der Arbeiterschaft, wenn die größte Zahl der während eines Streiks zu unterstützenden in Zeiten der Not nicht mit dafür gesorgt haben, daß für die Zeit des Kampfes genügend Munition vorhanden ist. Es müssen weitere Kreise für eine materielle Unterstützung interessiert werden. Und wir sehen denn auch in der Tat, daß nicht nur die organisierte Arbeiterschaft ihrer selbstverständlichen Pflicht in weitem

Maße nachkommt, sondern daß in allen Schichten der Bevölkerung mit den Streikenden sympathisiert und ihnen werktätige Hilfe zuteil geworden ist; mögen die Bemühen diese sein, welche sie wollen. Ein solcher Riesenstreik aber, wie er im Ruhrgebiet entbrannt, und der für die kommenden Kämpfe typisch ist, stellt andere Aufgaben in Aufbringung der Mittel und läßt die Unterstützungsforderung erneut und brennend in den Vordergrund treten.

Wie möchten darum die Frage aufwerfen: gibt es nicht noch andere Wege, streikenden oder ausgeperrten Arbeitern hilfsreich beizuhelfen? Ist die Unterstützung durch Geldmittel die einzige Möglichkeit? Kann die Wirksamkeit der Unterstützung bei gleichbleibendem Zufluss an Unterstützungsgeldern nicht erhöht werden?

Es ist eine eigenartige Erscheinung, die uns in den wirtschaftlichen Kämpfen der Arbeiter entgegentritt. Gegen die Ausbreitung als Produzenten sucht sich der Arbeiter zu wehren, indem er sich mit feinsten gleichem zusammenschließt und im gemeinschaftlichen Vorgehen durch eventuelle Wertschätzung der Arbeitskraft dem Unternehmer bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen abzurufen sucht. Daß er aber als Konsument, als Verbraucher der von ihm selbst hergestellten Waren in eben demselben Maße ausbeutet wird, zu dieser Erkenntnis hat sich die große Masse der Arbeiter noch nicht durchgerungen. Aus diesem heraus könnte man wohl die Frage aufwerfen: Wie sieht nicht ein Teil der Summen, die streikenden Arbeitern zur Führung ihres Kampfes gegen die Ausbeutung ihrer Arbeitskraft zugeführt werden, dazu verwenden, um sie auch gegen die in einer Auslandsreise doppelt fühlbare Ausbeutung als Konsumenten zu schützen? Mit anderen Worten: sollte nicht die Möglichkeit vorliegen, daß man den streikenden oder ausgeperrten Arbeitern nur einen Teil der Unterstützungsgelder in Bar zukommen ließe und einen andern Teil in Naturalien?

Diese Frage ist durchaus nicht neu, sondern schon des öfteren erörtert worden. Von den russischen Arbeitern in Petersburg wissen wir, daß sie vor Beginn ihres demütigen Ausstands Warenlager errichteten, und auch in Deutschland ist man schon ähnlich vorgegangen. Beim großen Fabrikarbeiterstreik in Hamburg im Jahre 1896 ist es mit Verbrauchern empfunden worden, daß man nicht in der Lage war, die Unterstützung durch Verteilung von Waren wirksamer zu gestalten. Diese Tatsache hat auch dazu geführt, daß in Hamburg der allen deutschen Konsumvereinen vorbildliche Konsumverein "Produktion" gegründet worden ist. Es muß ja ohne weiteres zugegeben werden, daß ein derartiger Unterstützungsmodus nicht so kurzer Hand durchzuführen ist. Während eines Streiks und gänglich unvorbereitet den Gedanken einer Naturalienunterstützung durchzuführen zu wollen, wird zweifellos große Schwierigkeiten mit sich bringen; aber immerhin sollte die Möglichkeit in den Anfängen versucht werden. Man wird einwenden können, daß bei Ausständen von solcher riesenhafter Dimension wie im Ruhrgebiet eine Durchführung dieses Gedankens nicht möglich sei, aber selbst bei derartigen Riesenstreiks ließe sich bei einigem guten Willen ein Weg finden und durch Einkauf von Massenartikeln, die unter den Streikenden zur Verteilung gelangen, eine indirekte Erhöhung der Streik-Unterstützung erzielen. Je mehr man sich mit dem Gedanken vertraut macht und in seinen Anfängen seine Wirksamkeit versucht hat, um so leichter wird sich die Durchführung auch bei großen Ausständen machen.

kammern seien schon eine bedeutende Konzession an das Unternehmertum. Und in der Tat, selbst Professor Hise, selbst der ehemalige Staatsminister v. Verpley, selbst der Privatdozent Dr. Garmis, vielleicht der hervorragendste Kenner der Materie, halten die Arbeiterkammern für das Ideal und ziehen sich nur mit Rücksicht auf die ihnen unüberwindbar scheinenden Widerstände auf Arbeitskammern zurück. Nicht die Weisheit oder die hervorragende Intelligenz einiger Scharfmacher lassen sie heute unter den Unternehmern überwiegen. Die ökonomische Entwicklung schafft die Reibungsfläche zwischen Kapital und Arbeit. Etwas mehr historischen Materialismus könnte man dem Kollegen Umbreit empfehlen. Nicht die Frage, vom Unternehmertum aus gefügt, die großen Schwachmattkuffe, werden von den Unternehmern in die paritätische Interessenvertretung gefaßt werden, sondern, wie auch von uns, die intelligentesten, besten und schärfsten Interessenvertreter.

Die paritätischen Arbeitskammern in Belgien, in Frankreich und in Holland haben die auf sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllt, wohl aber haben die Arbeiterkammern die Gewerkschaftsbewegung trefflich vorwärts gebracht, wie eine Art Gewerkschaftskarteil. In Frankreich tritt gerade ein Unternehmervertreter, der Senator Berger, im Gegenjah zu den Gewerkschaften für das direkte Wahlrecht zu den Gewerkschülern und Einigungsämtern ein. Wenn die Handelskammern seit 40 Jahren nur das handelsbetreibende Unternehmertum vertreten, ist es da nicht beschämend, entwürdigend, wie bescheiden heute noch die Arbeiter sind, wenn sie die reinen Arbeiterkammern als unzureichendes Ideal hinstellen? (Sehr wahr!) Sollen wir wirklich dem Unternehmertum noch eine neue Vertretung schaffen? Die Resolution Umbreit spricht in der Einleitung selbst von der geistlichen Anerkennung der Arbeitervertretung. Aber die paritätischen Arbeitskammern sollen nur mit einer Scheinvertretung das Stillen und Drängen der Arbeiterschaft nach einer gesetzlichen Arbeitervertretung abfiltrieren. Wir haben hier nicht Eventualanträge zu stellen, sondern prinzipielle. Was hinterher herauskommen wird aus den Kompromissen der Regierung und der Parteien, das kann noch niemand wissen. Wenn eine sehr große Flottenvorlage kommt, wird das Zentrum sich vielleicht mehr bewilligen lassen müssen. (Große Heiterkeit.) Wir aber haben hier nur klipp und klar unsere Forderungen auszusprechen. Die Weisheit, welche die Unternehmer gerufen haben, werden sie nicht wieder los. Aber auch die Köhner und Förderer der christlichen Gewerbevereine haben nicht gedacht, daß diese 1903 in den Tagesfragen solch eine Stellung einnehmen würden. (Große Heiterkeit, auch bei den anwesenden Vorstandsmitgliedern der christlichen Gewerbevereine, zu denen Hue teilweise spricht.) Nach dem Umbreitschen Argument dürfen wir ja auch nicht nicht streifen, seit Bergart Hiser 1889 für den Streik agitiert hat. (Heiterkeit, Zuruf: Es war bei ihm nur ein falscher Ringenschlag!) Nein, nein! Er hat ja sogar das Streikrecht mitgegeben. (Große Heiterkeit.) In Umbreits Argumenten klang es durch, als ob wir uns leichter mit den Unternehmern verständigen könnten als mit den anderen organisierten Arbeitern. Aber die Arbeiter sind Fleisch, von unserm Fleisch, haben gleich uns alle Drangsale des Arbeiterstandes erduldet. Die Sonderorganisation nimmt ihnen nicht den Charakter als Klassen-genossen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Auffassung Umbreits ist eine beschämende Verengung des Klassenkampfprinzips. Aller Demagogie zum Trotz ging im Bergarbeiterstreik die proletarische Massenbewegung einheitlich ihre Bahn. Es kann für alle Arbeiter nur vorteilhaft sein, wenn sich die verschiedenen Organisierten in den Arbeiterkammern verstehen lernen und so zu der einheitlichen Organisation kommen, welche die Unternehmer schon längst haben. Wenn ich schon Harmoniebefürworter sein soll, will ich lieber mit christlichen Arbeitern als mit den Unternehmern harmoniebefürworter sein. Ist es doch in meiner Heimat oft der reine Zufall, der den Arbeiter in diese oder jene Organisation führt. In Demagogien in W.-Gladbach ist niemand verhaftet, als der Harmoniebefürworter Hue. (Widerspruch bei den Christlichen.) Man muß schon große Parteischonklappen tragen, um nicht die Vorteile des Zusammengehens zu sehen. In den reinen Arbeiterkammern werden die Klassen-genossen nach eingehender Aussprache einen einheitlichen Standpunkt gewinnen. In den Arbeitskammern genügt ein Schwacher, ein glühender Boer, um den Unternehmern die Majorität zu verschaffen. Dann werden die Gutachten gegen uns ausgenutzt werden, und darum lieber keine Arbeitervertretung als diese paritätischen Scheinkammern. (Bravo!)

Eine längere Debatte schließt sich an die Referate an, in welcher sich fast sämtliche Redner für eine Arbeiterkammer aussprechen; nur die Metallarbeiter traten geschlossen für Arbeitskammern ein. Bei andern Berufen sind die Anschauungen geteilt, doch neigt die Übergroße Mehrzahl zu Arbeiterkammern. Um 11 1/4 Uhr wird die Sitzung geschlossen und fällt die Nachmittags-Sitzung aus, weil der Kongress einen gemeinschaftlichen Dampfer-Ausflug nach Königswinter macht.

Die Monate Januar bis April ergaben einen Umsatz von 188 502,08 D.M. gegen 128 072,98 D.M. im Vorjahre, also ein Plus von 60 429,10 D.M.

Table with 3 columns: 1904, 1905, Mehr. Rows for 20%, 30%, 40%.

Im Salinit und Solinit wurden im April 1905 (einschließlich des direkten Abfahes von Hohenfels und Heldburg) verladen 182 769 D.M.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung. Die weit überragende Bedeutung der freien Gewerkschaften

Im Verhältnis zu den anderen mehr oder weniger gewerkschaftlichen Arbeitervereinigungen tritt augenfällig in Erscheinung, wenn man die nachstehende Zusammenstellung der Verbände, Sie gibt an die durchschnittlichen Mitgliederziffern der Verbände, ihre letztjährige Entwicklung und Finanzabgabung.

Table with columns for various unions (e.g., Gewerkschaftsbünde, Sozialistische Vereine) and rows for 1903, 1904, and 1905, including membership and financial data.

Von Jahr zu Jahr wird der Vorsprung der freien Zentralverbände größer. Verhältnismäßig am wenigsten entwickelten sich die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften.

Große Ausperrungen sind zur Zeit beliebt worden von dem blindwütigen Nationalchauvinismus. Noch beliebt die Ausperrung der organisierten Arbeiter in Rheinland-Westfalen.

Der Buchdruckerverband, dessen Generalversammlung vom 17.-23. Juni in Dresden stattfand, hat im Jahre 1904 einen Zuwachs von 2228 neuen Mitgliedern zu verzeichnen gehabt.

Internationale Hundschau.

Über die Organisation der österreichischen Arbeiter hat das arbeitstechnische Amt eine Erhebung veranstaltet die sich allerdings

auf den Stand des Jahres 1900 bezogen. Österreichs amtliche Statistik zeichnet sich überhaupt aus durch große Zurückgebliebenheit.

Table with columns: Art, Vereine, männlich, weiblich, zusammen. Rows for Sozialdemokratische, christliche, nationale, sonstige.

Selbst sind die Gewerkschaften (Fachvereine) bedeutend fortgeschritten. Zur Zeit umfassen die sozialdemokratischen Fachvereine 150 000 Mitglieder.

Aus anderen Vergarbeiterorganisationen.

Im Gewerksverein christlicher Vergleute treibt Herr Deust immer noch sein Unwesen gegen die letzte Mitgliederversammlung des Gewerksvereins.

Der Hirsch-Dunckersche Gewerksverein der Vergleute hatte Mitte 1903 nur 541 Mitglieder; ihre Zahl war bis Ende 1904 auf 597 gestiegen.

Witzstüde auf den Gruben. Ruhrrevier.

Deutscher Kaiser, Schacht II. Es ist schon gerüht worden, daß in einem Revier stets Holzangel vorhanden ist. Nach dem Streik sind drei Mann zu Tode gekommen, ebenso wurden einige schwer verletzt.

Schach Adnigsdorn III. Vergleute, die einen weiten Weg zurücklegen haben, benutzen dazu ein Fahrrad, das während der Schicht in einem bestimmten Räume aufbewahrt wird.

Schach Massen Schacht I und II. Noch immer befinden sich die alten Holzpöde hier in der Waischtaue, die doch die jörnlichen Writstättchen für Angehörige sind, daß auch in reichlicher Anzahl vorhanden ist.

Schach Unter Fritz. Ein unverbesserlicher „Kumpel“ scheint unser Revierleiter „General Buller“ zu sein. Schon bei der Untersuchungs-Wagen gezogen worden sind und so die Wagen den Leuten verloren gingen.

vielleicht kommen sie dann zu dem Schluß, daß auch dem Arbeiter als Mensch die Geduld zu Ende gehen kann. Wir ermahnen die Kameraden, daß sie treu zur Organisation halten, wenn auch manchmal die Beiträge schwer aufzubringen sind.

Schach Zentrum I und II. Im Revier VI, Stelger Schlibbel auf der sechsten Sohle wird vielfach Klage geführt über Holzangel. Die Arbeiter beim Stelger Schlibbel darüber, dann heißt es: „Doch ist ruppig na die fette Sohle, do is Holt genug!“

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Friedenshoffnungs-Grube. Immer humaner werden die Herren Beamten auf obiger Grube. Jeder, der sich beschwert, wird an die „Vergarbeiterzeitung“ verwiesen, die für Abhilfe sorgen soll.

Aus dem Streife der Kameraden. Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Über den Generalstreik. Es fehlte es bisher an einer halbwegs genauen Statistik der Ausständigen. Diesem Mangel hilft das Organ des Bergbaulichen Vereins, der „Blitz Auf“ ab, indem es eine ziemlich zuverlässige Uebersicht der Entwicklung

Table with columns: Datum, Gesamtbelegschaft, insgesamt oder in Proz., Schicht streikten. Rows for 9. Januar, 12. Januar, 10. Februar, 11. Februar, 13. Februar, 15. Februar, 16. Februar.

Diese Zahlen lehren uns mancherlei. Der Höchststand des Streiks war am 10. Januar. Rechnet man 5 Proz. Kranke ab (wie auch der „Blitz Auf“ tut), dann kommen wir zu über 205 000 Streikenden.

Wie die Statistik beweist, waren trotz beispielloser Versammlungs- und Flugblattagitation bis zum 9. Februar schon zehntausend Arbeiter mehr angefahren wie am 10. Januar.

Nach Abbruch des Streiks hat die Zentrumspreste behauptet, die christlichen Gewerkschaften hätten „stramm Disziplin“ gelbt, wären erst als die Generalstreikparole erfolgte, in den Ausstand getreten.

